

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/014(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 01.07.2011	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:35Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 06. 05. 2011
- 4 Anträge
  - 4.1 Landesgartenschau 2018  
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! A0017/11
  - 4.1.1 Landesgartenschau 2018  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen A0017/11/1
  - 4.1.2 Landesgartenschau 2018  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr S0087/11
  - 4.2 Mietspiegel für Magdeburg  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion A0182/10
  - 4.2.1 Mietspiegel für Magdeburg S0016/11
  - 4.2.2 Mietspiegel für Magdeburg  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr S0093/11

4.3	Hochschulaustauschprogramm mit Partnerstädten Fraktion DIE LINKE	A0029/11
4.3.1	Hochschulaustauschprogramm mit Partnerstädten BE: Oberbürgermeister	S0107/11
4.4	Evaluierung von Konzepten FDP-Fraktion	A0002/11
4.4.1	Evaluierung von Konzepten BE: Oberbürgermeister	S0138/11
4.5	Magdeburger Stadtschreiber FDP-Fraktion	A0024/11
4.5.1	Magdeburger Stadtschreiber BE: Bürgermeister	S0091/11
4.6	Themenjahr Reformationsjubiläum FDP-Fraktion	A0038/11
4.6.1	Themenjahr Reformationsjubiläum BE: Bürgermeister	S0117/11
4.7	Öffnung von Schuleinzugsbereichen Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/BfM und FDP	A0058/11
4.7.1	Öffnung von Schuleinzugsbereichen Fraktion DIE LINKE	A0058/11/1
4.7.2	Öffnung von Schuleinzugsbereichen BE: Bürgermeister	S0124/11
4.8	Beitritt Magdeburgs zur UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus Interfraktionell	A0028/11
4.8.1	Beitritt Magdeburgs zur UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0128/11
4.9	Kosten für Kinderbetreuung FDP-Fraktion	A0052/11
4.9.1	Kosten für Kinderbetreuung BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0116/11
5	Beschlussvorlagen und Informationen	
5.1	Entwicklung der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0168/11
5.2	Subsidiarität BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	I0133/11

- |     |   |           |
|-----|---|-----------|
| 5.3 | Kompetenzen für Städtepartnerschaften bündeln<br>BE: Oberbürgermeister  | I0145/11  |
| 5.4 | Ausbildungsplanung ab 2012; Erweiterung der Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze in der Landeshauptstadt Magdeburg im Bezug auf die DS0305/09<br>BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung | DS0085/11 |
| 6   | Verschiedenes   |           |

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Mirko Stage

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Jens Hitzeroth i.V.f. Stadtrat Bromberg

Stadtrat Martin Rohrßen i.V.f. Stadtrat Lischka

Stadtrat Dr. Helmut Hörold i.V.f. Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann i.V.f. Stadtrat Schwenke

Stadtrat Hubert Salzborn i.V.f. Stadtrat Frank Schuster

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. Trümper, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 06. 05. 2011

---

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bei 3 Enthaltungen mit nachfolgender Änderung bestätigt:

Aus Seite 10 zum TOP 7.2 wird der 4. Absatz wie folgt geändert:

„Zur Nachfrage des Stadtrates Müller ... verweist der Oberbürgermeister **auf die übernächste VWA-Sitzung (02. 09. 2011), bis dahin er sich hierzu näher informieren lassen und entsprechend berichten möchte.**

An der Sitzung des Verwaltungsausschusses nehmen der Bürgermeister, Herr Dr. Koch, der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Brüning, der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herr Dr. Scheidemann, und der Leiter des Teams Wissenschaft des Büros des Oberbürgermeisters, Herr Dr. Puchta, teil.

### 4. Anträge

---

#### 4.1. Landesgartenschau 2018 Vorlage: A0017/11

---

Stadtrat Hitzeroth, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, geht auf die Zielstellung des Antrages ein, verweist auf die zustimmenden Voten im Kulturausschuss und im Ausschuss StBV und bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass mit vorliegender Stellungnahme S0087/11 der Stadtrat über den Sachverhalt informiert wird, dass keine geeigneten Flächen im Eigentum der Stadt zur Verfügung stehen und das Vorhaben möglicherweise daran scheitern kann. Vor diesem Hintergrund ist zu entscheiden, ob 50 T€ für die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie mit geringen Erfolgsaussichten in die Hand genommen werden.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herr Dr. Scheidemann, geht in seinen Ausführungen schwerpunktmäßig auf das Problem der Flächenbevorratung (Brachflächen) und die IBA-Zielstellung ein.

In der anschließenden Erörterung macht Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE, vor dem Hintergrund des in 2017 stattfindenden Reformationsjubiläums und mit Blick auf die Bewerbung der LH MD um die Kulturhauptstadt Europas in 2020 seine Bedenken deutlich, dass die LH MD die Durchführung der Landesgartenschau in 2018 stemmen kann.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE legt dar, dass seine Bedenken in die gleiche Richtung gehen. Es wird angeregt, neben der Prüfung der Grundstücksfragen etc. in erster Linie die finanzielle Machbarkeit zu prüfen.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Einschätzung der finanziellen Situation in 2018 erfolgen kann.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, legt dar, dass er die Bewerbung der LH MD um die Durchführung der Landesgartenschau 2018 für eine gute Idee hält, aus finanzieller und stadtplanerischer Sicht aber Probleme sieht. Er verweist darauf, dass die Nachhaltigkeit der Landesgartenschau in diesem Bereich aufgrund der nicht möglichen Einzäunung und der Überschwemmungsgefahr nicht gegeben ist. Das Thema „Infrastruktur“ steht bisher noch gar nicht zur Debatte. Er empfiehlt, die Durchführung der Landesgartenschau nicht auf den Süden zu begrenzen und die Varianten Elbauenpark und Rotehornpark in die Betrachtungen mit einzubeziehen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herr Dr. Scheidemann, verweist auf den Zielkorridor im Ausschreibungstext, dass brachliegende, innerstädtische Flächen nachhaltig zu Grünzonen entwickelt werden sollten. Er betrachtet die Chancen als gering, wenn entwickelte Flächen „ins Rennen geschickt“ werden.

Stadtrat Stern merkt an, dass es Bundesgartenschauen gab, die als Landesgartenschauen genutzt wurden.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM legt dar, dass die Landesgartenschau und die Machbarkeitsstudie zu begrüßen sind. Er ist grundsätzlich dafür, den Rotehornpark einzubeziehen und empfiehlt die Einbringung eines diesbezüglichen Änderungsantrages.

Der Oberbürgermeister macht deutlich, dass die Machbarkeitsstudie gemäß Antrag auf die südöstlichen Stadtteile ausgerichtet ist und es bei der Erweiterung eines 2. Auftrages mit entsprechender Finanzierung bedarf.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, legt dar, dass er sich aufgrund der geringen Erfolgsaussichten und der bisher ungeklärten Finanzierung bei der Abstimmung zum Antrag der Stimme enthalten wird.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, spricht sich für die Prüfung der Machbarkeit aus, unterstreicht aber, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung in keiner Weise konterkariert werden darf.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf den dringenden Handlungsbedarf in den südöstlichen Stadtteilen hinsichtlich der Stadtentwicklung. Er sieht die Landesgartenschau auch als Chance, zusätzliche Mittel für eine sinnvolle städtebauliche Entwicklung zu akquirieren. Er empfiehlt, die Machbarkeitsstudie so anzulegen, dass sie die ohnehin notwendige städtebauliche Entwicklung reflektiert. Dann sind die Mittel dafür nicht verschenkt.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, legt dar, dass der Antrag befürwortet wird und die Studie auch die weitere Entwicklung im Südosten mit im Auge haben muss. Nach Vorlage der Studie muss aus finanziellen Erwägungen heraus eine Entscheidung getroffen werden.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass in diesem Fall der Auftrag an die Verwaltung anders formuliert werden muss.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, spricht sich Bezug nehmend auf die Ausführungen des Stadtrates Dr. Kutschmann für die Prüfung einer offeneren Lösung unter Einbeziehung des Rotehornparkes aus, die die Ausschreibungsbedingungen erfüllt. Das finanzielle Risiko der Landesgartenschau müsste bei der Machbarkeitsstudie mit geprüft werden.

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! legt dar, dass der Antrag im Interesse der südlichen Stadtgebiete unterstützt wird.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass die Bewerbung bis zum 31.12.11 beim Land vorliegen muss und bei Beschlussfassung des Antrages am 25.08.11 im Stadtrat nur 4 Monate Zeit für die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie bleiben.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! hinterfragt die Berücksichtigung der in der Diskussion gegebenen Hinweise.

Der Oberbürgermeister hält fest, dass durch Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, ein Änderungsantrag aus dem Verwaltungsausschuss unter Berücksichtigung der Hinweise aus der Diskussion erarbeitet wird.

Der Oberbürgermeister stellt

- den Änderungsantrag A 0017/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen einstimmig dem Stadtrat, den Änderungsantrag A 0017/11/1 in seiner Sitzung am 25.08.11 zu beschließen.

- den Antrag A 0017/11 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A 0017/11 unter Berücksichtigung des Änderungsantrages A 0017/11/1 in seiner Sitzung am 25.08.11 zu beschließen.

Die Stellungnahme der Verwaltung S 0087/11 wird zur Kenntnis genommen.

#### 4.2. Mietspiegel für Magdeburg Vorlage: A0182/10

---

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt dar, dass ihn die Stellungnahmen der angefragten Vereine und Wohnungsunternehmen überrascht haben, da lediglich der Deutsche Mieterbund die Erstellung eines Mietspiegels befürwortet. Er sieht den Bedarf eines Mietspiegels für Magdeburg, auch wenn die Finanzierung nicht einfach sein wird.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion merkt an, dass die Stadt Halle einen Mietspiegel hat. Er sieht für die LH MD keinen Bedarf, bittet aber trotzdem um Zustimmung zum Antrag.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, legt dar, dass er aufgrund des Überhangs an Wohnungen und auch vor dem Hintergrund der Kosten keine Veranlassung für die Erstellung eines Mietspiegels für Magdeburg sieht.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, führt aus, dass ein Mietspiegel zum Vergleich der Kaltmieten und der energetischen Beschaffenheit der Gebäude Sinn machen würde.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, legt dar, dass die Vielfalt der Wohnungen gegeben ist.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Brüning, empfiehlt, im Interesse des städtischen Haushalts am Status quo festzuhalten. Er macht deutlich, dass ein Mietspiegel tendenziell zur Erhöhung der Mieten führt und dies dann auch Auswirkungen auf die Sozialleistungen der Stadt hat.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, sieht ebenfalls keinen Bedarf für einen Mietspiegel.

Der Oberbürgermeister stellt den Interfraktionellen Antrag A 0182/10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen dem Stadtrat, den Antrag A0182/10 nicht zu beschließen.

Die Stellungnahmen der Verwaltung S 0016/11 und S 0093/11 werden zur Kenntnis genommen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herr Dr. Scheidemann, verlässt die Sitzung.

#### 4.3. Hochschulaustauschprogramm mit Partnerstädten Vorlage: A0029/11

---

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bittet um Zustimmung zum Antrag.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag A 0029/11 der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A 0029/11 in seiner Sitzung am 25.08.11 zu beschließen.

Die Stellungnahme der Verwaltung S0107/11 wird zur Kenntnis genommen.

Der Leiter des Teams Wissenschaft des BOB, Herr Dr. Puchta, verlässt die Sitzung.

#### 4.4. Evaluierung von Konzepten Vorlage: A0002/11

---

Der Oberbürgermeister legt dar, dass der Auftrag mit der Auflistung der Konzepte erfüllt ist. Er hinterfragt den weiteren Umgang mit der Übersicht.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, legt dar, dass der Ist-Stand dargestellt ist, verweist aber auf den weitergehenden Punkt 3 des Antrages, wonach zukünftig in solche Konzepte ein Passus aufgenommen werden soll, der mittel- oder langfristig – aber spätestens nach 10 Jahren – eine Evaluierung vorsieht. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Durch Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, wird die Auflistung als Hilfsmittel für die Stadträte begrüßt,

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag A 0002/11 der FDP-Fraktion zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0002/11 in seiner Sitzung am 25.08.11 zu beschließen.

Die Stellungnahme der Verwaltung S 0138/11 wird zur Kenntnis genommen.

#### 4.5. Magdeburger Stadtschreiber Vorlage: A0024/11

---

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, favorisieren die Variante A.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, spricht sich mit Verweis auf die Diskussion im Kulturausschuss ebenfalls für die Variante A aus.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, hinterfragt, woraus sich die Einstellung zusätzlicher Mittel von 10.000-15.000 € für ein Stipendium begründet. Er legt dar, dass es in anderen Städten andere Finanzierungsquellen, z. B. Vereine, und auch die ehrenamtliche Tätigkeit gibt.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass geprüft werden kann, ob sich ein Ehrenamtlicher findet. Anderenfalls müssen Mittel zum Einsatz kommen.

Der Bürgermeister, Herrn Dr. Koch, legt dar, dass sich die Verwaltung bei ihrer Stellungnahme auf den Antragstext bezogen hat. Hier ist von einem Stipendium die Rede. Die 3 Vorschläge wurden mit dem Literaturhaus e.V. besprochen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, regt die Prüfung der Beteiligung eines Sponsors am Stipendium an. Er empfiehlt auch den Versuch, in Kontakt mit der Universität Otto-von-Guericke die Summe zu schmälern.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, spricht sich für die Prüfung aus, ob es andere finanzielle Möglichkeiten gibt. Er führt beispielhaft Stipendien der Deutschen Wissenschaft an. Er unterstreicht, dass mit der Beschlussfassung des Antrages eine Beschlusslage in Vorbereitung des städtischen Haushalts geschaffen wird.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass die Tätigkeit nicht „nebenher“ gemacht werden kann. Das ist auch nicht Ziel dieses Antrages.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag A 0024/11 der FDP-Fraktion zur Abstimmung und unterstreicht, dass damit die Variante A gemeint ist:



Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Gegenstimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A 0024/11 (Variante A) in seiner Sitzung am 25.08.11 zu beschließen.

Die Stellungnahme der Verwaltung S 0091/11 wird zur Kenntnis genommen.

#### 4.6. Themenjahr Reformationsjubiläum Vorlage: A0038/11

---

Zum Antrag A 0038/11 besteht kein Erläuterungs- und Erörterungsbedarf.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag A 0038/11 der FDP-Fraktion zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A 0038/11 in seiner Sitzung am 25.08.11 zu beschließen.

#### 4.7. Öffnung von Schuleinzugsbereichen Vorlage: A0058/11

---

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, wertet auf Nachfrage des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, die Beratung des Antrages in der gestrigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses aus. Er legt dar, dass zu dem Änderungsantrag A 0058/11/1 der Fraktion DIE LINKE ein Änderungsantrag A 0058/11/1/1 des Jugendhilfeausschusses mehrheitlich angenommen wurde. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt den 4. Absatz des Änderungsantrages 0058/11/1 „Vor der Umsetzung ... jeder Schulform ausreichend ist.“ zu streichen. Der Antrag Schülerbeförderung wurde ebenfalls mit beschlossen. Der Änderungsantrag A 0058/11/1/1 liegt den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses nicht vor.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit legt dar, dass er in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses darauf aufmerksam gemacht hat und auch in der heutigen Sitzung des Verwaltungsausschusses darauf hinweisen möchte, dass die Aufhebung der Schuleinzugsbereiche Einfluss auf die Hortentwicklung hat.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, merkt an, dass es bereits jetzt schon Änderungen der Schuleinzugsbereiche aufgrund geringer Schülerzahlen gibt.  
Der Oberbürgermeister widerspricht dem.

Der Bürgermeister geht im Folgenden auf Unwägbarkeiten aus Sicht der Schulplanung ein:

- Ablehnung Floating-Modell durch das Land,
- die vom Land vorgegebenen Mindestschülerzahlen
- Verpflichtung der Stadt zum Bestand sanierter Schulen – bei EFRE 15 Jahre, bei PPP 20 Jahre  
(Der Aufforderung des Landes, für die noch nicht sanierten Schulen für die Planung zusätzlicher Programme die Bedarfsschätzung abzugeben, kann durch die Stadt nicht nachgekommen werden, weil nicht bekannt ist, welche dieser Schulen Bestand haben.)
- landesseitige Benennung der Gemeinschaftsschule als Option
- landesseitige Avisierung des Wegfalls der Zugangsbeschränkungen zu Gymnasien.

Er legt zusammenfassend dar, dass diese Unwägbarkeiten gegen die Öffnung von Schuleinzugsbereichen sprechen.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass bei Nichtöffnung der Schuleinzugsbereiche die Schüler zu Schulen in freier Trägerschaft wechseln. Die Stadt ist gut beraten, das Heft des Handelns in die Hand zu bekommen. Er unterstreicht, dass die Schulen Autonomie zur Ausbildung von speziellen Konzepten haben sollten, damit die Qualität der Schulen weiter wachsen kann und ein Qualitätswettbewerb

entsteht. Er empfiehlt die Ergänzung der Stellungnahme um eine Übersicht über die Gesamtzahl der zu erwartenden Schüler und die Anzahl der vorhandenen Plätze.

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, macht deutlich, dass der avisierte Wegfall der Zugangsbeschränkungen zu Gymnasien auch einen zusätzlichen Kostenaufwand für die Stadt im Hinblick auf die Schülerbeförderung haben wird.

Der Oberbürgermeister legt Bezug nehmend auf die Argumente des Stadtrates Wähnelt dar, dass das Hauptargument für die Eltern nicht ein Konzept der Schule, sondern in der Regel die mögliche Wohnortnähe ist. Es gibt kein Qualitätsproblem an Grund- und Sekundarschulen. Im Wettbewerb gibt es Gewinner und Verlierer. Der Oberbürgermeister lehnt einen Wettbewerb ab. Bezüglich der geforderten Schülerzahlen führt der Oberbürgermeister aus, dass es an den kommunalen Grundschulen 7900 Plätze gibt. Aktuell hat die LH MD 5300 Grundschüler. Er wird kategorisch gegen die Aufhebung der Schuleinzugsbereiche argumentieren und gegen die damit verbundenen Änderungen beim Schülertransport Widerspruch einlegen.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM bedauert, dass die Öffnung von Schuleinzugsbereichen nicht vor der Sanierung der Schulen erfolgte. Das wäre der richtige Zeitpunkt gewesen.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future- unterstreicht, dass die Schüler und Eltern die Freiheit haben sollten, die Schulen nicht nur nach Konzepten aussuchen zu können. Darum unterstützt er die Öffnung der Schuleinzugsbereiche, auch wenn dies mit Risiken verbunden ist. Er legt dar, dass auch bei Nichtöffnung der Schuleinzugsbereiche Risiken bestehen. Der Grundsatz „Kurze Beine/kurze Wege“ kann nicht außer acht gelassen werden.

Der Oberbürgermeister legt auf Nachfrage des Stadtrates Theile, Fraktion DIE LINKE nach den Folgen bei Leerstand PPP-sanierter Schulen dar, dass die Stadt auch in diesem Fall die Kosten zu tragen hat.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM führt aus, dass sanierte Schulen von den Schülern/Eltern bevorzugt werden und es Wechsel zu anderen Schulen gibt.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass es lediglich 14 Anträge von Eltern auf Ausnahmegenehmigungen in der gesamten Stadt gibt.

Durch Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, wird der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE unterstützt.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt an, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE problematisch ist. Der Oberbürgermeister hat das Argument mit der Zahl der Schüler und Plätze geliefert. Ein Drittel der Plätze ist nicht notwendig, d. h. keine weitere Sanierung von Schulen, weil damit Überkapazitäten geschaffen werden. Hier hilft die Öffnung der Schuleinzugsbereiche.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass Grundschulen hätten geschlossen werden können. Diese aber aufgrund des Grundsatzes „kurze Beine/kurze Wege“ erhalten wurden. Bei einem Schuleinzugsbereich können die Schulen gefüllt werden.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit macht in einem Vergleich den Anstieg der Geburtenzahlen in der LH MD von 2005 bis heute deutlich.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstreicht nochmals den Bedarf einer genaueren schriftlichen Übersicht über die Schülerzahlen und Plätze.

Der Bürgermeister, Herr Dr. Koch, führt aus, dass er die Argumentation, die Verwaltung sehe nicht nach rechts und links, nicht nachvollziehen kann. Die Verwaltung wägt die unterschiedlichen Argumente ab. Das Argument, dass keine Notwendigkeit zur Sanierung von Schulen besteht, greift ebenfalls nicht. Er macht deutlich, dass aufgrund der Mindestschülerzahlen 10 – 20 Entscheidungen zum Wechsel in andere Schulen über das Gros der anderen Schüler entscheiden. Wer in diesem Bewusstsein über die Öffnung der Schuleinzugsbereiche entscheidet, muss sich auch den Eltern gegenüber verantworten.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, merkt an, dass bei Nichtöffnung der Schuleinzugsbereiche die Gefahr besteht, dass Schüler von den kommunalen Schulen zu den freien Trägern wechseln.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass diese Aussage weder objektiv noch richtig ist.

Der Oberbürgermeister stellt den Änderungsantrag A 0058/11/1 der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A 0058/11/1 nicht zu beschließen.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag A 0058/11 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/BfM und FDP zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen dem Stadtrat, den Antrag A 0058/11 nicht zu beschließen.

Die Stellungnahme S 0124/11 zum Antrag A 0058/11 wurde zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister, Herr Dr. Koch verlässt die Sitzung.

#### 4.8. Beitritt Magdeburgs zur UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus Vorlage: A0028/11

---

Zum Antrag A 0028/11 besteht kein Erörterungsbedarf.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag A 0028/11 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Tierschutzpartei-future!, CDU/BfM, DIE LINKE und FDP zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A 0028/11 in seiner Sitzung am 25.08.11 zu beschließen.

Die Stellungnahme zum Antrag A 0028/11 wird zur Kenntnis genommen.

#### 4.9. Kosten für Kinderbetreuung Vorlage: A0052/11

---

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Brüning, bringt die Stellungnahme ein und wertet eine beim Land stattgefundene Veranstaltung zum Thema Finanzierung Kinderbetreuung aus. Er wird dem Oberbürgermeister in der kommenden Woche auf der Grundlage der stattgefundenen Veranstaltung eine entsprechende Ausarbeitung des Jugendamtes einschließlich Positionierung zuleiten. Der Stadtrat wird in der Folge umfassend informiert.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass es diesbezüglich noch keinen Gesetzesentwurf gibt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, informiert, dass der Antrag A 0052/11 im Jugendhilfeausschuss und im Finanz- und Grundstücksausschuss aufgrund von Unwägbarkeiten hinsichtlich der Benachteiligung der berufstätigen Bevölkerung abgelehnt wurde.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass er keinen Grund für eine Ablehnung des Antrages sieht.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag A 0052/11 der FDP-Fraktion zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen dem Stadtrat, den Antrag A 0052/11 in seiner Sitzung am 25.08.11 zu beschließen.

Die Stellungnahme zum Antrag A 0058/11 wird zur Kenntnis genommen.

#### 5. Beschlussvorlagen und Informationen

---

##### 5.1. Entwicklung der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit Vorlage: DS0168/11

---

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Brüning, bringt die DS ein. Er legt dar, dass Gemeinwesenarbeit in Magdeburg ein Erfolgsmodell ist und daran festgehalten werden sollte. Aus dem Gesundheits- und Sozialausschuss gibt es den Änderungsantrag DS 0168/11/1, welcher nicht schriftlich vorliegt, wonach sich gewählte Stadträtinnen und Stadträte nicht zur Wahl als Sprecher/Sprecherräte stellen sollen. Im Jugendhilfeausschuss gab es den Einwand, dass dies die Legitimation der Bürger mit Stadtratsmandat einschränkt. Er als Vertreter der Verwaltung hat keinen Vorschlag, der allen gerecht wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, legt seine persönliche Auffassung dar, dass dem Änderungsantrag des Gesundheits- und Sozialausschusses aus rechtlicher Sicht nicht zugestimmt werden kann. Er verweist auf die Möglichkeit, dies im Rahmen eines Kodex zu sichern. Er informiert, dass es einen weiteren Änderungsantrag von Stadtrat Nordmann, welcher

ebenfalls nicht vorliegt, im Jugendhilfeausschuss gab mit dem Ziel, dass die Initiativefonds Gemeinwesenarbeit nicht zu einem festen Zeitpunkt im Jahr verteilt werden. Der Änderungsantrag wurde im Jugendhilfeausschuss abgelehnt.

Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei –future! merkt an, dass die jetzigen Strukturen der GWA so nicht angedacht waren. Es machen sich Stadträte in den GWA zum Sprecher, die in diesem Stadtteil nicht ihren Wohnsitz haben. Sie geht in weiteren Ausführungen auf die Intention des Änderungsantrages von Stadtrat Nordmann ein.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, meldet Bedenken zur Anlage 2, Punkt 5, Position 04 (Die GWA-Gruppen sollen über ein GWA-Forum (analog der Jugend- und Seniorenforen) die Möglichkeit zur Antragstellung im Stadtrat erhalten. ...) an. Er stellt die Frage, was ein GWA-Forum in die Position erhebt, Anträge zu stellen. Wenn die GWA höhere Ansprüche haben, sollten sie auch durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft werden. Die Jugend- und Seniorenvertretungen haben eine andere Stellung als die GWA-Gruppen. Er vertritt die Auffassung, dass die Positionen der GWA über ein politisches Gremium transportiert werden können.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass dies sein persönlicher Vorschlag ist. Auf dem Fachtag zur Gemeinwesenarbeit wurde durch GWA-Vertreter beklagt, dass es einen Wettbewerb zwischen den Stadträten gibt, wer am schnellsten den Antrag einbringt. Um diesen Wettbewerb zu verhindern, sollte den GWA ein limitiertes Antragsrecht pro Jahr eingeräumt werden. Das konkrete Verfahren wäre durch den Stadtrat festzulegen.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, führt aus, dass die Stadträte in ihrem Wahlkreis das Recht und die Verpflichtung zur Teilnahme an den GWA-Sitzungen haben. Er hat keine Einwände, dass die Stadträte aus den GWA-Sitzungen Anregungen für Anträge aufgreifen. Den GWA die Antragsmöglichkeit einzuräumen, hält er für zu weit gefasst.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich dafür aus, auf keinen Fall die Arbeit der GWA einzuengen und überzuformalisieren. So wie es derzeit läuft, sind keine weiteren Regelungen erforderlich. Er kündigt zwei interfraktionelle Anträge an.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlässt die Sitzung.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, legt seine persönliche Auffassung dar, dass Stadträtinnen und Stadträte nicht GWA-Sprecher sein sollten.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, spricht sich im Namen seiner Fraktion dafür aus, dieses Positionspapier so zu beschließen, wie es vorgelegt wurde. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Stadträte die Arbeit machen. Er sieht die Möglichkeit der Lösung des Problems GWA-Sprecher über den Kodex.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, spricht sich gegen das Antragsverfahren gemäß Position 04 aus.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Brüning, führt aus, dass die DS 0168/11 in der gestrigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses behandelt wurde. Da den Trägern die Anlage 2 nicht vorlag, wurde sein Vorschlag, die DS am 01.09.11 wieder auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses zu setzen, vom Jugendhilfeausschuss akzeptiert. Das bedeutet, dass die DS 0168/11 erst am 22.09.11 im Stadtrat behandelt werden kann.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, stellt den Antrag, in der Anlage 2 unter 5. die Position 04 zu streichen.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag des Stadtrates Stern zur Abstimmung.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Oberbürgermeister stellt die DS 0168/11 zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen einstimmig dem Stadtrat, die DS 0168/11 in seiner Sitzung am 22.09.11 zu beschließen.

## 5.2. Subsidiarität Vorlage: I0133/11

---

Der Verwaltungsausschuss nimmt die Information I 0133/11 zur Kenntnis.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Brüning, verlässt die Sitzung.

## 5.3. Kompetenzen für Städtepartnerschaften bündeln Vorlage: I0145/11

---

Der Oberbürgermeister legt auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, klarstellend dar, dass der Aufgabenbereich der neu geschaffenen Stelle im Büro OB nicht nur die Vorbereitung des Städtepartnerschaftskongresses umfasst, sondern der Mitarbeiter als Kontaktperson zu allen Partnerstädten fungiert. Er wird diesbezüglich ein klärendes Gespräch mit dem Mitarbeiter führen.

Der Verwaltungsausschuss nimmt die Information I 0145/11 zur Kenntnis.

Stadtrat Salzborn verlässt die Sitzung.

## 5.4. Ausbildungsplanung ab 2012; Erweiterung der Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze in der Landeshauptstadt Magdeburg im Bezug auf die DS0305/09 Vorlage: DS0085/11

---

An diesem TOP nimmt der Fachdienstleiter Personalbetreuung und Recht im Fachbereich 01, Herr Andratschke, teil.

Durch Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, und Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE, aufgeworfene Fragen zur Laufbahnbewertung und zur Übernahme auf Probe werden durch Herrn Andratschke und den Oberbürgermeister beantwortet.

Der Oberbürgermeister stellt die DS 0085/11 zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung einstimmig dem Stadtrat, die DS 0085/11 in seiner Sitzung am 25.08.11 zu beschließen.

## 6. Verschiedenes

---

### Namensrechte für städtische Objekte

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, merkt an, dass bei der Vergabe der Namensrechte die Rechtschreibregeln eingehalten werden müssen.  
GETEC Arena schreibt man mit Bindestrich, also GETEC-Arena.

Stadtrat Salzborn nimmt wieder an der Sitzung teil.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

Karin Köhne  
Schriftführerin